



Presseschau vom 29.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Nach Kritik an Linkspartei: Ausschlussverfahren gegen Wagenknecht eröffnet**

Das von parteiinternen Kritikern beantragte Parteiausschlussverfahren gegen die Linken-Politikerin und nordrhein-westfälische Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, Sahra Wagenknecht, kommt in Gang. Die beiden vorliegenden Anträge zum Parteiausschluss der Politikerin werden Angabem zufolge in einem Verfahren gebündelt. ...

<https://snanews.de/20210629/ausschlussverfahren-gegen-wagenknecht-2653727.html>

Susan Bonath: **Blitzerkenntnis? Arbeitsmarktforscher kommen jetzt zu dem Schluss, dass Hartz-IV-Sanktionen schaden**

Wer weniger als das Existenzminimum hat, ist gezwungen, den erstbesten Niedriglohnjob anzunehmen, um seine Grundbedürfnisse zu decken. Für dieses Wissen braucht es eigentlich keine Wissenschaft. Nach über 16 Jahren Hartz IV fand dies nun auch die Arbeitsagentur heraus. ...

<https://kurz.rt.com/2kim>

Anna Schadrina: **Entfesselte Wut und Zusammenstöße mit Polizei: Proteste in Kolumbien dauern seit zwei Monaten an**

Landesweite Proteste gegen die Regierung erschüttern seit zwei Monaten Kolumbien. Auch

am Montag registrierte die Polizei gewalttätige Aktionen in acht Städten, bei denen unter anderem öffentliche und polizeiliche Verkehrsmittel, Polizeistationen, Geschäfte und Denkmäler angegriffen wurden. An einer Kolumbus-Statue entlud sich ebenfalls die Wut. ...
<https://snanews.de/20210629/kolumbien-proteste-angriffe-polizei-busse-2654447.html>

de.rt.com **Raketenangriff auf US-Militärbasis im Osten Syriens – droht ein neuer "endloser Krieg"?**

Nach US-Militärschlägen am Sonntag in Syrien und im Irak wurde nun eine US-Basis in der Nähe des syrischen Ölfelds al-Omar angegriffen. Die US-Truppen reagierten mit Artilleriebeschuss. In der politischen Debatte in den USA wird eine neuer "endloser Krieg" befürchtet – dieses Mal mit pro-iranischen Milizen. ...
<https://kurz.rt.com/2kj7>

abends/nachts:

snanews.de: **Streit um Explosion in Vrbetice: Prag verlangt von Moskau 25,5 Millionen Euro Entschädigung**

Prag will von Moskau eine Entschädigung in Höhe von etwa 25,5 Millionen Euro wegen der Explosion im Munitionslager in Vrbetice erhalten. Darüber berichtet die Zeitung „Mladá fronta Dnes“. Tschechien vermutet hinter der Explosion russische Geheimdienste.

Eine entsprechende Note hat der stellvertretende tschechische Außenminister, Martin Smolek, dem russischen Botschafter in Prag, Alexander Smejewski, bereits übergeben. Smolek warf Moskau zudem vor, mit der Aufnahme Tschechiens in die Liste „unfreundlicher“ Staaten gegen das Völkerrecht verstoßen zu haben.

Den durch die Explosion in Vrbetice verursachten Schaden schätzten die Behörden Angaben zufolge auf 650 Millionen tschechische Kronen (umgerechnet rund 25,5 Millionen Euro).

Hintergrund

Tschechien hatte russischen Geheimdiensten Mitte April vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbetice im Jahr 2014 zu stecken. In diesem Zusammenhang verwies Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes. Moskau wies den Vorwurf zurück und erklärte als Reaktion 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft für unerwünscht.

Die Slowakei, Estland, Litauen und Lettland solidarisierten sich mit Tschechien und wiesen ebenfalls russische Diplomaten aus. Auch Polen, Bulgarien und Rumänien verkündeten eine Ausweisung.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/0e/2100076_0:18:1921:1098_1440x0_80_0_0_a00b9b7b5e62b3694871e1ffe64d7c8e.jpg

snanews.de: **Recherche in Hisbollah-Gebiet: Zwei Journalisten in Beirut festgenommen – darunter eine Deutsche**

Eine deutsche Journalistin und ein britischer Kollege sind in der libanesischen Hauptstadt Beirut bei Recherchen in einem Gebiet unter Kontrolle der Hisbollah-Miliz festgenommen worden.

Der britische Geschäftsträger in Beirut, Martin Longden, erklärte am Montag auf Twitter, es handele sich um einen „ernsten und verstörenden Zwischenfall“. Diplomatische Kreise und libanesischer Sicherheitskreise bestätigten der Deutschen Presse-Agentur, dass auch eine deutsche Journalistin zu den beiden Festgenommenen gehöre.

Die libanesischer Nachrichtenseite NOW berichtete, ihr britischer Reporter sei von Männern festgenommen worden, die sich als Angehörige der Schiitenmiliz Hisbollah ausgegeben hätten. Demnach war er dabei gewesen, von einer Tankstelle an der Straße zum Flughafen über den Benzinmangel zu berichten. Vor seiner Festnahme habe er noch eine Sprachnachricht an einen Kollegen absetzen können.

Eine Hisbollah-Sprecherin erklärte, die beiden hätten keine Erlaubnis gehabt, die für dieses Gebiet notwendig sei. Die eng mit dem Iran verbündete Miliz kontrolliert in Beirut einige Stadtteile. In Deutschland gilt seit dem Frühjahr vergangenen Jahres ein Betätigungsverbot für die Hisbollah-Organisation.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/1c/2650849_0:165:3054:1883_1440x0_80_0_0_e0b1a902427333d404bcd5e3d8b9691c.jpg

snanews.de: **Maas bei Städtepartnerkonferenz: Dialog mit Moskau als Antwort auf Turbulenzen**

Trotz der Spannungen zwischen Deutschland und Russland wollen Lokalpolitiker aus beiden Ländern an den bestehenden Städtepartnerschaften festhalten. Bei der dreitägigen Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz in Kaluga hat sich Bundesaußenminister Heiko Maas für mehr Dialog mit Russland ausgesprochen.

„Aus meiner Sicht ist die Antwort auf die Turbulenzen in unseren Beziehungen nicht weniger, sondern mehr Dialog zwischen Deutschland und Russland“, sagte Maas in einer Videobotschaft. Das bedeute, offenen Austausch zuzulassen, gerade zwischen den Zivilgesellschaften. Maas zufolge gibt es mehr als 100 Partnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten.

Der Vorsitzende der Städtekonferenz, Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), sagte: „Heute ist der Dialog zwischen unseren Zivilgesellschaften wichtiger denn je, weil er die Brücken baut, die auch in schwierigen Zeiten tragen.“

Zuvor ist bekannt geworden, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel an ihrem Ziel eines Gipfels der 27 EU-Staats- und Regierungschefs mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin

festhalte. Ein Vorstoß von Berlin und Paris zu einem EU-Gipfel mit dem russischen Präsidenten war vergangene Woche vor allem an den osteuropäischen EU-Staaten gescheitert. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau sind wegen verschiedener Konflikte auf einem Tiefpunkt. Russland sieht sich zu Unrecht in die Verantwortung genommen für den Anschlag auf den Kremlgegner Alexej Nawalny, den Mord an einem Georgier in Berlin und den Hackerangriff auf den Bundestag 2015. In Deutschland sorgte zuletzt das Verbot von drei Nichtregierungsorganisationen in Russland für heftige Kritik.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/18/1849984_0:0:3331:1873_1440x0_80_0_0_73da82437db3c637e12653735587efae.jpg

snaneews.de: **Vergeltung für US-Angriffe: Milizen attackieren amerikanische Militärbasis in Syrien**

In der syrischen Provinz Deir ez-Zor im Osten des Landes haben schiitische Milizen Aktivisten zufolge eine US-Militärbasis mit Raketen beschossen.

Als Antwort auf die US-Luftangriffe im syrisch-irakischen Grenzgebiet hätten sie mehrere Raketen auf das Ölfeld Omar abgefeuert, meldete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Montagabend. Es habe Sachschaden gegeben. Aus lokalen Kreisen hieß es, insgesamt vier Raketen seien aus einem Gebiet unter Kontrolle der syrischen Regierung abgeschossen worden.

In der Nacht auf Montag hatte die US-Armee Objekte pro-iranischer Milizen im Grenzgebiet des Irak und Syriens attackiert. Laut dem Pentagon-Sprecher John Kirby wurden die Ziele ausgewählt, weil sie „von den vom Iran unterstützten Milizen genutzt werden, die in Drohnen-Attacken auf US-Personal und Einrichtungen im Irak verwickelt“ seien. Der amerikanische Staatschef, Joe Biden, habe die Militäraktion angeordnet, um weitere Angriffe solcher Art zu unterbinden. Bei dem US-Angriff kamen mindestens vier Kämpfer der Milizen ums Leben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/1c/2651280_0:0:3641:2048_1440x0_80_0_0_a2d463c0fb553897a4352541294dc782.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Jahrzehntelang geplant, in zehn Jahren gebaut, jetzt in Betrieb genommen**

Nach dem Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtsekiang hat China jetzt das zweitgrößte Wasserkraftwerk in Betrieb genommen. Seine Kapazität ist 15-mal so hoch wie die des Hoover-Damms in den USA. Der Hauptgenerator wiegt so viel wie der Eiffelturm.

Die Höhe des Dammes beträgt 289 Meter.

Das Wasserkraftwerk Baihetan im Südwesten Chinas ist am Montag mit zwei ersten Einheiten in Betrieb genommen worden. Zunächst war am Sonntag ein Probetrieb für 72 Stunden aufgenommen worden, wie die chinesische Zeitung Global Times berichtete. Dieser war so gut gelaufen, dass aus dem Probe- ein Dauerbetrieb gemacht worden war: zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei, wie die Zeitung ihren Bericht begann.

Es liegt an der Grenze der Provinzen Yunnan und Sichuan am Fluss Jinsha, einem Oberlauf des Jangtsekiang. "Es ist ein Weltklasse-Projekt!" Stolz erklärte der Erste Ingenieur Chen Jianlin der Zeitung, dass das Kraftwerk vor allem eine Leistung made in China ist. Die bestehe in dem Material des Damms und dem "riesig großen" Generator. Der Damm mit einer Höhe von 289 Metern besteht aus acht Millionen Kubikmetern nahtlosem Beton. Mit dieser Auszeichnung wird er nicht unter den Temperaturschwankungen im Tal leiden.

Der hauptsächliche Generator ist 50 Meter hoch und besteht aus 8.000 Tonnen Stahl; er wiegt so viel wie der Eiffelturm. Seine Leistung beträgt eine Million Kilowattstunden. Damit liefere er in einer Stunde so viel Strom, wie ein Haushalt in 400 Jahren benötigt.

Die geplante Kapazität des Werkes gibt Chen mit 62 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr an. Es hat 16 Strom erzeugende Einheiten, von denen jetzt zwei in Betrieb genommen wurden. Die Kapazität ist 15-mal so hoch wie die des Hoover Dam im Südwesten der USA. Nach Einschätzung von He Wei, dem stellvertretenden Direktor, hat China mit diesem Projekt die führende Rolle in der Nutzung der Wasserkraft übernommen. Die Planung des Werkes hatte vor 70 Jahren begonnen, die vorbereitenden Arbeiten vor zehn Jahren. 2017 wurde der Bau des Dammes und des Kraftwerkes aufgenommen.

Bis zum Ende des Jahres 2022 wird das Kraftwerk vollständig in Betrieb gehen. Dann ist es das zweitgrößte auf der Welt nach dem 2003 eröffneten Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtsekiang.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d9b5e448fbef3f737714c9.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Juni 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Nicaraguas Außenminister: Spanien vergisst, dass wir seit Jahrzehnten ohne ihre Herrschaft leben

Die spanische Außenministerin kritisiert Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung weist die Vorwürfe zurück. Spanien solle sich mit der eigenen Geschichte beschäftigen – mit der Conquista und der Unterdrückung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Die nicaraguanische Regierung weist Äußerungen der spanischen Außenministerin Arancha González zurück. In einem offenen Brief an das spanische Außenministerium bezeichnete der Außenminister Nicaraguas, Denis Moncada, das Statement von Gonzalez als "beleidigend". Bereits am Donnerstag hatte Nicaraguas Präsident Daniel Ortega den Botschaften Spaniens, der USA und weiterer europäischer Staaten vorgeworfen, mit der nicaraguanischen Opposition zu kooperieren und sogar bei deren Treffen als Gastgeber zu fungieren. Laut Ortega verfolgten die Botschaften damit das Ziel, das Land vor den nicaraguanischen Parlamentswahlen am 7. November zu destabilisieren.

Arancha Gonzales wies die Vorwürfe am Freitag bei einem Treffen mit ihrem irakischen Amtskollegen, Fuad Hussein, zurück. Nach ihrer Darstellung bewegten sich die spanischen Diplomaten im Rahmen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen. Sie beklagte ihrerseits Menschenrechtsverletzungen im Vorfeld der Parlamentswahlen und forderte die Freilassung von politischen Gefangenen.

In seinem Brief schrieb der nicaraguanische Außenminister Moncada laut dem Nachrichtenportal telesur, Gonzales habe eine "dreiste Ignoranz" offenbart, die "für die Diplomatie unpassend" sei.

"Frau Gonzalez adressiert den Präsidenten eines freien und souveränen Volkes mit der Stimme eines Gutsherren. Sie vergisst in ihrer lächerlichen Rede, dass wir mittlerweile seit Jahrzehnten ohne spanische Herrschaft leben."

Moncada erinnerte an die Jahrhunderte unter spanischer Herrschaft, an die massenhafte Tötung der indigenen Bevölkerung, an Kolonisierung und Ausplünderung von Ressourcen durch die spanischen Konquistadoren.

In Bezug auf die Forderung nach der Freilassung politischer Gefangener richtete der nicaraguanische Außenminister den Fokus auf Katalonien und empfahl der spanischen Regierung, sich um die Unabhängigkeitsbewegung in ihrem eigenen Land zu kümmern, statt

mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen. Moncada argumentierte, dass katalanische Politiker und Unabhängigkeits-Aktivisten jahrelang als politische Gefangene in spanischen Gefängnissen gesessen haben und nach wie vor von der politischen Aktivität ausgeschlossen sind. Er fragt: "Ist das Demokratie?"



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d9e2e448fbef72fb72a865.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 28. Juni um 9:00 Uhr 5114 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4469 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 479 Todesfälle.

deu.belta.by: **Lukaschenko und Patruschew sprechen über Zusammenarbeit in Bereichen Sicherheit und Verteidigung**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat sich heute mit dem Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Nikolai Patruschew zu einem Gespräch getroffen. „Gesprächsstoff gibt es immer, besonders in sehr anspruchsvollen Zeiten. In Ihren Aussagen und Statements vertreten Sie immer einen Standpunkt, der mit meinem absolut übereinstimmt. Auch viele Experten denken genau so wie Sie. Es gibt also wirklich viel zu besprechen, und ich freue mich, dass Sie sich in das Thema ‚eingelebt‘ haben“, sagte der Staatschef. Alexander Lukaschenko gab zu, er wolle mit Nikolai Patruschew unter vier Augen jene Fragen besprechen, „die nicht öffentlich sind.“

„Sie müssen unbedingt wissen, was das für Themen sind, zumal wir in vielen Bereichen zusammenarbeiten werden und womöglich auch Angriffe abzuwehren haben“, erklärte der Präsident.

Während des Treffens schlug Alexander Lukaschenko vor, nicht nur auf das Thema Sicherheit, sondern auch Verteidigung und militärisch-technische Zusammenarbeit einzugehen. „Wir sollten eine bessere Vorstellung haben davon, wie wir in einigen spezifischen Bereichen zusammenarbeiten wollen“, fügte er hinzu.

Heute werden die Sicherheitsräte von Belarus und Russland geplante Konsultationen abhalten. Im Fokus stehen regionale und internationale Sicherheit, hybride Kriegsführung und die Situation rund um Belarus und Russland. „Alles hängt nicht nur davon ab, was in unseren Ländern vor sich geht. Vieles hängt davon ab, welche Kräfte von außen auf uns einwirken. Es gibt traditionelle Bedrohungen und Herausforderungen, sie sind nicht verschwunden. Sagen wir, der internationale Terrorismus und der damit verbundene Extremismus. Es gibt aber auch neue Bedrohungen, über die man reden muss: Cyber-Sicherheit. Leider ist vielen nicht klar, dass kein Land diese Bedrohung allein bewältigen kann. Wir müssen unsere Kräfte bündeln“, betonte der Sekretär des Sicherheitsrates.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1624954291_57641_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 28. Juni wurden in der DVR 402 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 92 positiv, bei 37 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 29. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 42.765 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3777 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.877 als gesund entlassen, es gibt 3240 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 100 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 45 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 73 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1040 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 565 mit Sauerstoffunterstützung (+29 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1959 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Wegen EU-Sanktionen: Weißrussland verlässt als erster Staat die Östliche Partnerschaft der EU**

Nach Monaten zunehmender politischer Spannungen kündigt Weißrussland seinen Rückzug aus dem Programm der Östlichen Partnerschaft der EU an. Der weißrussische Botschafter bei der EU wurde zu Konsultationen nach Minsk bestellt, während der EU-Botschafter in Minsk ebenfalls ins Außenministerium einbestellt wurde .

Der EU-Gesandte in Weißrussland Dirk Schuebel wurde am Montag ins weißrussische Außenministerium einbestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, dass Minsk keine andere Wahl habe, als auf "EU-Aktionen zu reagieren, die die nationale Sicherheit Weißrusslands bedrohen und seiner Wirtschaft und seinen Bürgern direkten Schaden zufügen".

Am Freitag führte Brüssel Sanktionen gegen mehrere Schlüsselsektoren der weißrussischen Wirtschaft ein, darunter Erdölprodukte, Kalidünger und Tabakwaren. Anlass seien "schwere Menschenrechtsverletzungen" und die "gewaltsame Unterdrückung von Zivilgesellschaft, demokratischer Opposition und Journalisten", hieß es aus Brüssel.

Die EU kritisiert Minsk seit langem für eine angebliche Niederschlagung regierungsfeindlicher Proteste, die begannen, nachdem der langjährige Präsident Alexander Lukaschenko zum Sieger der letzten Präsidentschaftswahlen erklärt wurde. Man behauptet, die Wahlergebnisse seien gefälscht worden. Die von Minsk angeblich erzwungene Landung eines Fluges der irischen Fluggesellschaft Ryanair im vergangenen Monat sei laut Brüssel Rechtfertigung genug, um die neuen Beschränkungen zu verhängen. Der oppositionelle Blogger Roman Protassewitsch wurde bei einer Überprüfung des Flugzeugs am Minsker Flughafen zusammen mit seiner Freundin Sofia Sapega, die russische Staatsbürgerin ist, verhaftet.

Als Teil der Vergeltungsmaßnahmen wird Minsk seine Teilnahme an der Initiative der

Östlichen Partnerschaft der EU einstellen. Das Programm wurde im Jahr 2009 ins Leben gerufen, um den Einfluss der EU in den ehemaligen Sowjetrepubliken Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und der Ukraine zu erweitern. Das weißrussische Außenministerium teilte außerdem mit, dass Minsk ein Verfahren zur Aussetzung des Abkommens über Visaerleichterungen und Rückführung mit Brüssel eingeleitet habe. Das Abkommen, das von beiden Seiten im Sommer vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, erleichterte es weißrussischen Bürgern, in die EU einzureisen, und legte gleichzeitig Verfahren für die sichere und geordnete Rückkehr von Personen fest, die sich illegal in der EU oder in Weißrussland aufhalten. Das weißrussische Außenamt bedauert die Entwicklung:

"Die Aussetzung des Abkommens wird sich negativ auf die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Bekämpfung der illegalen Migration und des organisierten Verbrechens auswirken."

Der weißrussische Gesandte bei der EU Alexander Michnewitsch war angesichts der zunehmenden Spannungen bereits zu Konsultationen aus Brüssel abgezogen worden. Außerdem hat Minsk vor, künftig jenen EU-Vertretern die Einreise zu verweigern, die dazu beigetragen haben, die Einführung der EU-Restriktionen gegen das Land zu erleichtern. Das weißrussische Außenministerium betonte:

"Die Verwendung von Sanktionen als Mittel, um einen souveränen und unabhängigen Staat unter Druck zu setzen, ist völlig inakzeptabel."

Minsk arbeitet an weiteren Maßnahmen als Reaktion auf die EU-Sanktionen. Einige sollen wirtschaftlicher Natur sein.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.06/article/60dab92448fbef5c866c8220.jpg>

nachmittags:

deu.belta.by: **Patruschew: Endziel äußerer Kräfte ist es, Staatsordnung und Staatsmacht zu stürzen**

Das Endziel der äußeren Kräfte besteht darin, die belarussische Staatsordnung und die Staatsmacht zu stürzen. Das sagte Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew heute vor Journalisten.

„Die äußeren Kräfte wollen die Staatsmacht in Belarus stürzen. Eigentlich beobachten wir das die ganze Zeit. Genauso wie Sie hier in Belarus“, sagte Nikolai Patruschew.

Die Sicherheitsräte von Belarus und Russland haben heute planmäßige Konsultationen durchgeführt. „Wir pflegen einen regelmäßigen Austausch. Wir sprechen über Bedrohungen und Herausforderungen, mit denen sich Belarus und Russland konfrontiert sehen. Heute werden wir über hybride Kriege, über regionale und internationale Sicherheit sprechen“,

erzählte Patruschew. „Neben traditionellen Herausforderungen wie Terrorismus und Extremismus gibt es Bedrohungen im Bereich der Informationssicherheit, denen wir heute mehr Aufmerksamkeit schenken sollten.“

„Wir haben mit Alexander Lukaschenko Meinungen und Eindrücke ausgetauscht. Unsere Bewertungen der Situation sind identisch. Zweifelsohne werden wir unsere Bemühungen zusammenlegen, um gegen alle Herausforderungen und Bedrohungen gemeinsam vorzugehen“, fuhr er fort.

Dabei meint der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, dass man auch den Druck von außen nicht ignorieren sollte. „Ich sprach über die Informationssicherheit. Wir müssen heute die NGOs und ihre Aktivitäten unter die Lupe nehmen. Sie behaupten, unabhängig zu agieren, wobei das nicht stimmt. Wir müssen überprüfen, wie sie finanziert werden und wem sie die Rechenschaft über die Verausgabung ihrer Mittel abgeben. Wir brauchen ein ganzheitliches Bild – und dafür müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen und sich austauschen: Sicherheitskräfte und Geheimdienste der beiden Staaten. Wir hoffen auch auf die Hilfe der Öffentlichkeit“, fügte er hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1624964207_57643_big.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 29.06.2021

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung ein.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzer aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern am nordwestlichen Rand von Nowomichajlowka stationiert sind.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. 58. und 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten Stepanowka, Romanowka, Opytnoje und Bogdanowka eingesetzt.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone besteht aufgrund des Fehlens der notwendigen Kontrolle von Seiten des Kommandos weiterhin ein geringes Niveau der

Disziplin unter dem unterstellten Personal. Trotz dem verbreiteten Alkoholismus und systematischen Fällen des Verlassens der Positionen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die ukrainischen Kommandeure nicht den brennenden Wunsch, Ermittlungen durchzuführen und Disziplinarmaßnahmen gegen Personen, die Verstöße begehen, anzuwenden, weil sie die Statistik nicht verderben wollen.

Am 27. Juni hat eine Polizeipatrouille in Nowgorodskoje nach Eingang von Beschwerden örtlicher Einwohner zwei betrunkene Soldaten festgenommen, bei der Kontrolle von deren Dokumenten wurde festgestellt, dass sie dem 8. Bataillon der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte angehören. Der Brigadekommandeur Kotlik, der Ermittlungen von Seiten des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ bezüglich gesetzwidriger Abwesenheit von Soldaten an der Kontaktlinie in einer ihm unterstellten Einheit befürchtete, schickte den Bataillonskommandeur, um die Frage mit den Polizisten zu regeln und die festgenommenen Soldaten zu holen. Inzwischen sind im 8. Bataillon Offiziere der Brigadeleitung eingetroffen, um die Anwesenheit des Personals zu kontrollieren und gesetzwidrig Abwesende zu entdecken.

Unsere Aufklärung stellt **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der BFU** fest. So verlor ein Soldat aus einer Drohnenmannschaft einer Aufklärungskompanie im Gebiet von Newelskoje auf den Positionen des 13. Bataillons der 58. Brigade bei der Umrüstung einer Drohne des Typs „Phantom-4“ zu einer Kampfdrohne wegen Unprofessionalität sowie des Fehlens von Kontrolle von Seiten von Funktionsträgern die rechte Hand infolge der Detonation der selbstgebauten Einrichtung.

Der Bataillonskommandeur erschien außerplanmäßig auf der Position, um eine Ermittlung durchzuführen, vom Brigadekommandeur Kaschtschenko hatte er den Auftrag, diesen Fall dem übergeordneten Kommando als Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR darzustellen.

Nicht kampfbedingte Verluste sind auch in der 93. Brigade festzustellen. Bei der zusätzlichen Ausrüstung von Positionen des 2. Bataillons im Gebiet von Granitnoje ging eine nicht identifizierte Sprengvorrichtung los, dabei erlitt der Soldat Mirskij tödliche Verletzungen.

Wir erhalten weiter **Informationen über das geringe Niveau der Versorgung der Soldaten der Einheiten der BFU** in der Zone der Strafoperation sowie über zahlreiche Fälle von Gesetzesverletzungen von Seiten des Kommandos.

Nach Angaben unserer Quellen wurde bei der Arbeit einer rückwärtigen Kommission in den Einheiten der 28. Brigade festgestellt, dass im 3. Bataillon ein von Funktionsträgern organisiertes Korruptionsschema zur gesetzwidrigen Abschreibung von Lebensmitteln, die für die Ernährung des Personals der Einheit vorgesehen sind, in Betrieb war. Die abgeschriebenen Lebensmittel und Konserven lieferten die Übeltäter zum Verkauf an das Geschäft „Germes“ in Kurachowo.

Die über die Handlungen ihres Kommandos empörten Soldaten wandten sich mit einer Beschwerde an die Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine.

Zur Zeit wird im 3. Bataillon der 28. Brigade eine Ermittlung zu Diebstahl und gesetzwidriger Abschreibung von Lebensmitteln durch Funktionsträger der Einheit durchgeführt.

snanews.de: **Topsecret Bushaltestelle: Britische Regierung entschuldigt sich für Panne mit Geheimdokumenten**

Die Situation um die aufgefundenen geheimen Unterlagen aus dem Verteidigungsministerium macht der britischen Regierung weiterhin ordentlich zu schaffen. Verteidigungsminister Jeremy Quin betonte am Montag im Londoner Unterhaus, der Vorfall tue ihm „sehr leid“. Nun habe der Verantwortliche vorläufig keinen Zugang zu sensiblen Daten.

Die Regierung hat nach eigenen Angaben eine gründliche Untersuchung durchgeführt, um den Vorfall mit geheimen Verteidigungsdokumenten aufzudecken.

Verteidigungsminister Jeremy Quin sagte den Abgeordneten, es tue ihm „sehr leid“, dass 50 Seiten vertraulicher Informationen einfach an einer Bushaltestelle herum gelegen hätten. Demnach war ein hoher Beamter des Ministeriums dafür verantwortlich. Inzwischen sei dessen Zugang zu sensiblem Material vorübergehend ausgesetzt, fügte Quin hinzu. „In einer idealen und richtigen Welt hätten diese Dokumente nicht dort vorhanden sein dürfen, wo sie aufgefunden worden waren, also liegt hier unmissverständlich ein ursprünglicher Fehler vor“, stellte Quin fest.

Nun habe er vor, der Öffentlichkeit nahezulegen, Dokumente solcher Art künftig bei der Polizei abzugeben. Ferner erläuterte er seine Position gegenüber der entstandenen Situation: „Obwohl ich es natürlich vorgezogen hätte, dass die BBC sie sofort übergeben und nicht darauf verwiesen hätten, hatten sie ihren Verpflichtungen nachzukommen. Und ich gebe zu, dass sie sich verantwortungsbewusst verhalten haben, indem sie die Dokumente dem Ressort zurückgegeben haben.“

Zwischenfall in russischen Hoheitsgewässern

Wie der BBC-Sender am Sonntag berichtete, hatte ein Passant die völlig durchweichten Dokumente an einer Bushaltestelle in der südostenglischen Grafschaft Kent aufgefunden und sie demnach dem BBC-Team übergeben. Die Unterlagen hatte nämlich ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums vergessen.

Diskutiert werde darin etwa die mögliche Reaktion Moskaus auf den Kurs des Zerstörers „HMS Defender“ durch umstrittene Gewässer vor der Halbinsel Krim.

Ein weiterer Teil der Dokumente – weswegen sie auch als derart sensibel gelten – birgt Information über eine mögliche militärische Präsenz Großbritanniens in Afghanistan nach Abschluss der dortigen Nato-Operation unter Führung der USA.

Die „Defender“ hatte am vergangenen Mittwoch die Seegrenze Russlands überquert und ist bis zu drei Kilometer weit in das russische Hoheitsgewässer im Raum des Kaps Fiolent an der Krimküste eingedrungen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/1d/2656874_0:321:3069:2047_1440x0_80_0_0_35f87972f60e7deb639b62ea91ef9620.jpg

deu.belta.by: Sicherheitsräte von Belarus und Russland wollen über Herausforderungen und Bedrohungen diskutieren

Sicherheitsräte von Belarus und Russland wollen über gemeinsames Vorgehen gegen Herausforderungen und Bedrohungen diskutieren. Das sagte Staatssekretär des Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch vor Journalisten im Anschluss an das Treffen des russischen Sekretärs des Sicherheitsrates Nikolai Patruschew mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko.

Der Sekretär des Sicherheitsrates hat in Bezug auf bevorstehenden Konsultationen der Stäbe gesagt: „Unser Arbeitstreffen ist ein Meinungs austausch, denn unsere russischen Kollegen

haben reiche Erfahrungen gesammelt. Russland hat mit Herausforderungen und Bedrohungen zu tun, vor denen heute auch Belarus nicht verschont geblieben ist. Die Sicherheitsräte der beiden Länder erörtern solche Themen wie die internationale und regionale Sicherheit, vereinbaren gemeinsame Schritte gegen die Bedrohungen und Herausforderungen“.

„Nach den Arbeitsgesprächen wird der belarussische Staatschef darüber informiert, welche Vereinbarungen die Parteien getroffen haben“, sagte er.

Im Fokus der Gespräche stehen heute auch die militärische und rüstungstechnische Zusammenarbeit sowie andere Fragen, die in erster Linie auf die Sicherheit unserer Länder beziehen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1624967550_57644_big.jpg

Dan-news.info: Die Ausgaben der Einwohner der DVR für die Bezahlung von Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen dürfen 10 Prozent des Familieneinkommens nicht wesentlich überschreiten, erläuterte heute der Republikanische Dienst für Tarife und erläuterte die Prinzipien bei der Behandlung möglicher Erhöhungen von Preisen für Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen.

„Bei jeder Behandlung der Frage der Erhöhung von Tarifen wird auf jeden Fall nicht nur deren ökonomisch begründetes Ausmaß betrachtet, sondern auch die Möglichkeit unserer Bürger, sie zu zahlen. Dabei ist ein Indikator der Anteil an den Familieneinkünften, der für Wohnungs- und kommunale Dienstleistungen gezahlt wird. Wir bemühen uns, dass dieser Anteil sich mit der Erhöhung der Tarife nicht verändert. Die Berechnung des mittleren Anteils an den Familieneinkünften für die Zahlung von Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen wird im Durchschnitt der Republik aus den durchschnittlichen Arbeitslöhnen und den durchschnittlichen Renten berechnet. Und im Mittel beträgt dieser Anteil etwa 10 Prozent“, teilte der Dienst mit.

Es wurde ergänzt, dass es daneben in der DVR Personen gibt, deren Ausgaben für kommunale Dienstleistungen zwischen 17 und 24 Prozent von ihren Einkünften schwanken. Das sind einzelne Rentner, Menschen mit Behinderung, unter Vormundschaft stehende Personen und Bürger mit einem Lohn unter dem Niveau des Mindestwarenkorb für Verbraucher. Der Dienst für Tarife hält es für notwendig, für solche Kategorien von Menschen einen Mechanismus der sozialen Unterstützung bei der Zahlung von Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen zu erarbeiten.

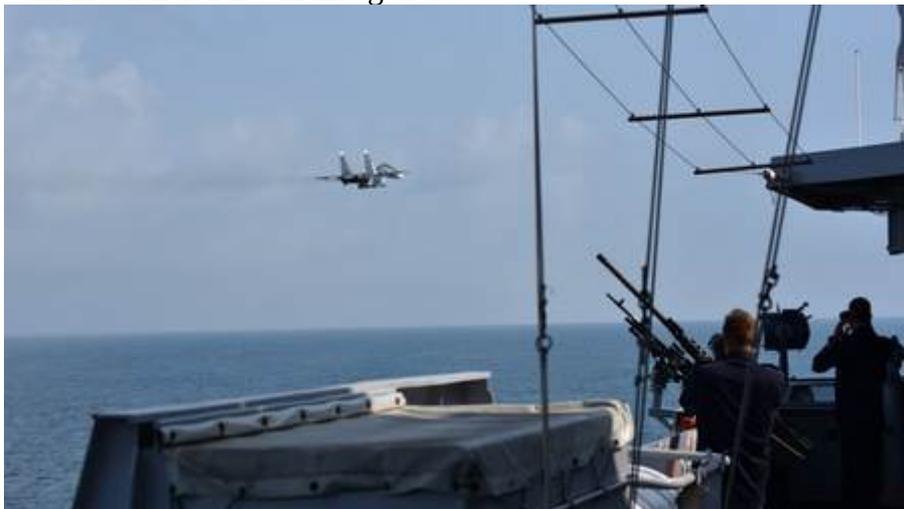
de.rt.com: **"Gefährliche Situation": Russische Kampfjets näherten sich NATO-Kriegsschiff im Schwarzen Meer**

Derzeit findet im Schwarzen Meer die NATO-Übung "Sea Breeze" mit 5.000 Soldaten, 32 Schiffen und 40 Flugzeugen statt. Dabei sollen sich am Donnerstag russische Kampffjets der niederländischen Fregatte HNLMS Evertsen genähert und eine "gefährliche Situation" verursacht haben, wie das niederländische Verteidigungsministerium am Dienstag in einem Tweet mitteilte.

Wie das niederländische Verteidigungsministerium am Dienstag bekannt gab, soll es bereits am vergangenen Donnerstag zu einem schweren Zwischenfall im Schwarzen Meer gekommen sein. Dort findet derzeit die internationale Übung "Sea Breeze" statt. Russische Kampffjets hätten sich der niederländischen Fregatte HNLMS Evertsen auf gefährliche Weise genähert. In einem Tweet des niederländischen Verteidigungsministeriums heißt es:

"Bewaffnete russische Kampffjets verursachten am vergangenen Donnerstag eine gefährliche Situation im Schwarzen Meer in der Nähe der HNLMS Evertsen. Die Flugzeuge flogen wiederholt gefährlich niedrig über und nahe an dem Schiff vorbei und führten Scheinangriffe durch. Die HNLMS Evertsen befand sich während dieser Belästigungen in internationalen Gewässern."

Die niederländische Verteidigungsministerin Ank Bijleveld-Schouten bezeichnete die russische Aktion laut Reuters als "unverantwortlich". Die "Evertsen hat jedes Recht, dort zu fahren", sagte sie in einer Erklärung. "Es gibt keine Rechtfertigung für diese Art von aggressivem Handeln, welches das Risiko von Unfällen unnötig erhöht." Die Niederlande würden die Angelegenheit mit Russland auf diplomatischer Ebene ansprechen, deutete sie an. Die internationale Übung Sea Breeze, die von den USA und der Ukraine geführt wird, soll zwei Wochen dauern. Nach Angaben der US Navy ist die diesjährige Übung im Schwarzen Meer, die seit 1997 regelmäßig abgehalten wird, die bislang größte dieser Art. Es nehmen 5.000 Soldaten, 32 Schiffe und 40 Flugzeuge daran teil. Moskau empfindet dies vor eigenem Territorium als Provokation und forderte Washington deshalb auf, darauf zu verzichten. Bereits am vergangenen Mittwoch kam es zu Spannungen, nachdem das britische Kriegsschiff "HMS Defender" in russische Hoheitsgewässer nahe der Krim eingedrungen war. Es drehte erst nach Warnschüssen der russischen Marine wieder ab. London macht geltend, dass es sich nicht um russische, sondern ukrainische Hoheitsgewässer handeln würde, da die Krim völkerrechtlich zur Ukraine gehöre.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60db3b4b48fbef6a7f15c20e.jpeg>

abends:

de.rt.com: **Krim: Russland testet Luftabwehr während NATO-Übung im Schwarzen Meer**

Während des NATO-Manövers "Sea Breeze" im Schwarzen Meer hat die Schwarzmeerflotte

der russischen Marine auf der Krim eine Bereitschaftsübung der Luftabwehr abgehalten. Die S-400 und die Panzir bewiesen dabei laut Moskau ihre Einsatzbereitschaft.

Unter Einbeziehung der Marinefliegereinheiten der Schwarzmeerflotte sowie der Luftwaffe des südlichen Militärbezirkes fand auf der Krim eine Bereitschaftsübung der russischen Luftabwehr statt. Zum Zweck dieser Übung wurden zwei Dutzend Fluggeräte eingesetzt, darunter Su-24MR Aufklärungsflugzeug, Su-27 Luftüberlegenheitsjäger und Su-30SM Mehrzweck-Kampfflieger, Su-24 Erdkampfflugzeuge sowie Mi-8 und Ka-27 Hubschrauber. Sie dienten als simulierte Ziele.

Die Übung wurde zusätzlich erschwert, indem unter Ausnutzung des Geländes sehr tief sowie an den Grenzen der Radarerfassung geflogen wurde. Die Mannschaften der Flugabwehrraketensysteme S-400 Triumph sowie Panzir mussten die Ziele entdecken und mit ebenfalls simulierten Abweherschüssen darauf reagieren.

Die Abwehrrübung fand vor dem Hintergrund des NATO-Manövers "Sea Breeze" statt, das gegenwärtig mit 30 Kriegsschiffen und 40 Flugzeugen aus 32 Ländern im Schwarzen Meer abgehalten wird und schon Anlass für den gefährlichen Vorfall mit der britischen HMS Defender war. Bis zum Ende des NATO-Manövers besteht weiter ein erhöhtes Risiko von schwer kontrollierbaren Zwischenfällen.

"Die Schwarzmeerflotte tut eine Reihe von Dingen, um die Aktionen von Schiffen aus der NATO und anderen Ländern, die an Sea Breeze 2021 teilnehmen, zu überwachen", zitiert Interfax das russische Nationale Zentrum für Verteidigungsmanagement.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60db3ef048fbef30d00dcaf5.jpg>